

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 370

18. Oktober 2006

13. Jahrgang

Guatemala, 10 Jahre danach... Den Staat neu gründen

Am 29. Dezember begeht Guatemala den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des letzten Abkommens über einen festen und dauerhaften Frieden. Die guatemalteckischen Friedensabkommen setzten nicht bloss einen Schlusspunkt unter den internen bewaffneten Konflikt, sondern sie dienten als Referenzrahmen, um die gravierenden und dringenden Probleme des Landes anzugehen. Sie sollten die substantielle Grundlage bilden für einen Frieden, der mehr ist als die blossе Abwesenheit von Krieg, nämlich die Veränderung der Ursachen, die zu diesem Krieg führten.

Die Friedensabkommen einzuhalten würde bedeuten, den Staat von Grund auf neu zu gestalten, ihn von einem autoritären und militaristischen Staat in einen einschliessenden, multikulturellen, gerechten, die Menschenrechte achtenden und demokratisch funktionierenden Staat zu transformieren. Dies ist zweifelsohne eine schwierige Aufgabe, denn die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Strukturen widersprechen solchen Visionen.

Wir werden in den kommenden Nummern des ¡Fijáte! in unregelmässiger Folge verschiedene Personen aus Guatemala zu Wort kommen lassen, die im Rahmen ihrer Arbeit oder ganz persönlich Bilanz ziehen über die vergangenen 10 Jahre. Den Anfang macht Carlos Gonzales, alias Ricardo Rosales, damaliger Generalsekretär der guatemalteckischen Arbeiterpartei PGT, einer der vier Guerillaorganisationen, die vor zehn Jahren die Friedensabkommen mitunterzeichnet haben. Das hier abgedruckte Interview erschien Anfang Oktober in der Internetzeitschrift www.revistaweb.org.

Frage: Was hat sich in Guatemala seit dem 29. Dezember 1996 verändert? Entsprechen diese Veränderungen und der Rhythmus, in dem sie stattfinden, den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung?

Carlos Gonzales: Es gibt, wenn auch zum Teil nur formell, Fortschritte bei der Umsetzung der Abkommen zu verzeichnen, ebenso wie es Stagnation oder gar Rückschritt gibt. Ein Fortschritt ist, dass es in dem Sinne keinen Staatsterror mehr gibt. Das Konzept von innerer Sicherheit hat sich verändert. Mit wenigen Ausnahmen findet heute keine politische Verfolgung mehr statt, wie das in den Jahren zwischen 1965 und 1985 der Fall war.

Negativ ist sicher, dass es keine Kontrolle über die parallelen Kräfte gibt, welche die Staatsmacht völlig kontrollieren. Negativ ist ebenso der existierende Rassismus und Ausschluss sowie die Tatsache, dass die mikroökonomischen Indikatoren in keiner Weise die Situation dieser ausgeschlossenen Bevölkerung verbessert.

Ich sehe keine substantiellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Regierungen, die seit 1954 an der Macht waren. Sie treten unterschiedlich auf, aber im Kern entsprechen sie demselben politischen Konzept, das je länger desto mehr fremdbestimmt wird.

Ein Ziel der Friedensabkommen war die Erhöhung der Steuereinnahmen – doch wir sind weit von den festgelegten 12% entfernt. Ausserdem sprach man von progressiven Steuern: Wer mehr hat, soll mehr bezahlen. Im Moment werden aber die ökonomisch starken Sektoren begünstigt, die durch Steuervermeidung ihre Einkünfte erhöhen. Daneben haben wir einen Staat, der nicht in der Lage ist, eine Sozialpolitik zu entwickeln, die dazu beitragen würde, die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhöhen und

somit die Industrie, das Handwerk oder den Dienstleistungssektor anzutreiben. Die guatemalteckische Kaufkraft beschränkt sich auf einen kleinen, urbanen Markt und die UnternehmerInnen scheuen sich, Initiativen oder Risiken einzugehen, um diesen Markt zu erweitern. Das war damals der grosse Erfolg der Agrarreform der Oktoberrevolution: Innerhalb eines Jahres entwickelten sich die Gebiete, wo Land an die BäuerInnen verteilt wurde, spürbar. Man hatte das Gefühl, dass man in Guatemala etwas verändern könnte.

Heute ist das Gegenteil der Fall. Man fördert die Investition in Luxusgüter, es wird künstlich eine urbane Nachfrage und Käuferschaft kreiert – kurz, in Guatemala lebt man von Illusionen.

Frage: Sie bezeichnen den Unternehmenssektor als konservativ und werfen ihm Mangel an Initiative vor. Hat sich diese Mentalität seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen verstärkt?

C.G.: Es gibt in Guatemala keinE UnternehmerIn, der/die nicht von Wachstum sprechen würde. Aber zwischen Wachstum und Entwicklung ist eine grosse Kluft, die es durch eine Sozialpolitik zu überwinden gilt und nicht, indem man die starken Sektoren noch mehr privilegiert.

Es gibt Geschäftsleute, die für eine Öffnung bereit sind, doch die Unternehmensspitze lässt dies nicht zu. Die internen Strukturen des Unternehmertums sind dermassen rigide, dass ich nicht glaube, dass es zum momentanen Zeitpunkt möglich wäre, ein Wirtschaftssystem aufzubauen, das mit einer neuen Vision das Land von der Basis her entwickeln könnte.

Frage: Die Friedensabkommen schufen - schaffen theoretisch immer noch - Grundlagen für Entwicklung und lockten die internationale Gemeinschaft und viel Geld an. Weshalb konnte daraus nicht mehr Nutzen gezogen werden?

C.G.: Die Friedensabkommen verkamen zu einem Propagandawerkzeug. Es besteht keinerlei politischer Wille für ihre Umsetzung. Ein grosser Fehler war auch die Unterteilung in quantitativ und qualitativ. Das war wirklich eine ausgeklügelte Idee: Heute rühmt man sich damit, dass soundsoviele Abkommen umgesetzt wurden. Dabei handelt es sich aber um die quantitativen Abkommen, bei den Qualitativen läuft jedoch nichts.

Es gibt nicht ein einziges Abkommen, in dem nicht der Begriff „integral“ vorkommt. Von Integralität sprechen zwar alle, aber umgesetzt wird sie nicht. Man macht konzeptlos hier ein bisschen und dort ein bisschen, womit man dem Friedensprozess keinen Dienst leistet.

Frage: Welche Verantwortung haben die linken Parteien und die sozialen Bewegungen bei der Nicht-Umsetzung der Friedensabkommen? Was ist die Rolle einer Volksbewegung über die formale Unterzeichnung der Abkommen hinaus?

C.G.: Das Hauptproblem liegt darin, dass den sozialen Kompetenzen der Abkommen nie die Stärke verliehen wurde, um die Abkommen zu einem Instrument des Friedens(-aufbaus) nutzbar zu machen. Ich spreche jetzt von der URNG, die als Mitunterzeichnende und später als politische Partei prädestiniert gewesen wäre, eine soziale Bewegung der Veränderung anzuführen. Leider hat sie diese Rolle nicht übernommen.

Die soziale Bewegung in Guatemala ist sehr breit, hat diverse Ausdrucksformen, was sicher positiv ist. Doch es fehlt ihr an einem gemeinsamen, vertrauenswürdigen politischen Referenzrahmen. Dies hat zu einer Verzettelung geführt. Die Indígenas schreiben sich das Abkommen über die Identität und Rechte der indigenen Völker auf die Fahne, die MenschenrechtlerInnen dasjenige über die Menschenrechte, etc. Die Abkommen werden als je separat wahrgenommen. Auch hier fehlt es eindeutig an Integralität.

Frage: Im Jahr 2005 wurde endlich das Rahmengesetz unterzeichnet,

das die Friedensabkommen zu einer Staatsangelegenheit machte und den *Nationalen Rat für die Umsetzung der Friedensabkommen* (CNAP) ins Leben rief. Gibt dies den Friedensabkommen neuen Impuls?

C.G.: Ich denke, das war eine rein formale Angelegenheit, einer dieser quantitativen Schachzüge, der problemlos gemacht werden konnte, weil die URNG kein Gegenüber ist, das in der Lage wäre, für den Aufbau eines wirklichen Friedens zu kämpfen. Über die Abkommen zu sprechen ist eine Routineangelegenheit geworden, man bezieht sich auf sie, wenn es nötig ist: Die einen ein bisschen häufiger, die anderen etwas weniger. Die Abkommen sind zu einem Teil der Geschichte geworden, aber ohne dass man sich ihnen wirklich verpflichtet fühlte.

Frage: Diese zehn Jahre der Nicht-Umsetzung haben zu Enttäuschungen geführt, vor allem wenn wir die damaligen Hoffnungen mit dem real Erreichten vergleichen. Drei Regierungen zogen seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen durchs Land, nächstes Jahr wird eine neue gewählt, die voraussichtlich auch keine Antworten auf die sozialen Probleme Guatemalas hat. Sind die Friedensabkommen tatsächlich noch wichtig auf der nationalen Agenda und bilden sie ein nützliches Instrument, um soziale Veränderungen zu erreichen?

C.G.: Davon bin ich absolut überzeugt. Wichtig ist dabei aber, dass man bei der Anwendung und Umsetzung dieser Abkommen auch die Entwicklungen mit einbezieht, die sich seit 1996 ergeben haben, zum Beispiel das Problem der Korruption. Ich will damit nicht sagen, dass es vor 1996 keine Korruption gegeben hätte, aber seither ist sie angewachsen. Andere Themen sind das organisierte Verbrechen, der Drogenhandel, die Alltagsgewalt, die parallelen Strukturen, welche die Institutionen schwächen und den Staat unterwandern.

Jetzt geht es darum, eine nationale und soziale Plattform zu erarbeiten, die die Veränderungen seit 1996 mit einbezieht. Die Friedensabkommen sind dafür eine Basis, aber der ganze Prozess muss als etwas Integrales und Eigenständiges angesehen werden. Es geht darum, die Republik neu zu gründen, den Staat neu zu gründen, das Land und die guatemaltekeische Nation neu zu gründen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Guatemala

eine multiethnische, mehrsprachige und kulturell vielfältige Nation ist.

Frage: Diese Neugründung bedeutet eine tief greifende Verfassungsreform. Ginge das nicht viel weiter als die Friedensabkommen?

C.G.: Das wäre eigentlich in den Friedensabkommen alles vorhanden, sie sehen Verfassungsänderungen vor, die einfach nie durchgesetzt wurden, weil sich die Regierung und die politischen Parteien dagegen gestellt haben. Klar geht es nicht darum, die Abkommen so wie sie damals unterzeichnet wurden, wortwörtlich umzusetzen, sondern die Probleme und Widersprüche, die in den vergangenen zehn Jahren aufgetaucht sind, müssen bei einer heutigen Umsetzung der Abkommen selbstverständlich berücksichtigt werden.

Der Staat steht heute kurz vor dem Kollaps. Seine Institutionen sind weder handlungsfähig noch effizient. Der Staat muss von Grund auf neu aufgebaut werden und es muss ein neuer institutioneller Rahmen geschaffen werden. Geschieht dies nicht, sehe ich durchaus die Gefahr, dass es zu einem sozialen Aufstand kommt.

Frage: Mit welcher Strategie muss heute an den Friedensaufbau herangegangen werden?

C.G.: Organisation, Bewusstseinsarbeit, Mobilisierung und Kampf, das sind die wichtigsten Komponenten einer solchen Strategie. Die sozialen Sektoren, die BäuerInnen, die Gewerkschaften, die indigenen Völker müssen sich die Friedensabkommen zu eigen machen und sie in eine Plattform umwandeln, die als Grundlage für soziale nationale Veränderungen dienen kann.

Es braucht neue Akteure, neue Köpfe, neue Ideen und vor allem eine breitere Unterstützung für Visionen, die über den Konsumrausch und die Freihandelsabkommen hinausgehen. Es müssen Konzepte entwickelt werden, um die Probleme anzugehen, die in den Strukturen Guatemalas verankert sind.

Es gibt legitime und wertvolle Alternativen, die versuchen, an den Fundamenten der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Diskriminierung, des Ausschlusses, der Privilegien, der Korruption und des Wahlverhaltens, mit dem in diesem Land alle vier Jahre nichts verändert wird, rütteln.

Da ist es, wo wir ansetzen müssen.

Linke Annäherungen

Guatemala, 13. Okt. Seit der Wahlniederlage der URNG Ende 2003 ist sich die guatemaltekeische Linke einig, dass sie keine gewichtige politische Kraft darstellt, solange sie in Einzelgruppen und -Parteien zersplittert ist. Man müsse die Leute von der Basis her organisieren und früh genug beginnen, einen Bewusstseinsprozess in die Wege zu leiten, um für die Wahlen 2007 eine gestärkte und geeinte Linke präsentieren zu können, hiess es damals. Es brauche neue Strukturen in den hierarchischen und Personenzentrierten linken Parteien (URNG, ANN) und es sei vor allem eine Verjüngung der Parteimitglieder anzustreben. Die persönlichen Interessen einzelner ProtagonistInnen müssten hinter den politischen Interessen eines „anderen Guatemala“ zurückstehen.

Unterdessen sind drei Jahre verstrichen. Die mit sechs Parlamentssitzen stärkste linke Kraft im Kongress, die *Alianz Neue Nation* (ANN), ist aufgebrochen: Nineth Montenegro hat schon relativ früh ihr eigenes Projekt *Encuentro por Guatemala* (EG) lanciert, zu dem sie auch UnternehmerInnen, Intellektuelle und VertreterInnen von Berufsverbänden einlud, die sich nicht der traditionellen Linken verpflichtet fühlen, immer vorausgesetzt, sie verfolgen „demokratische Prinzipien“. Ihre KritikerInnen werfen Montenegro vor, dass sie die Linke Richtung Zentrum verlassen habe. Allgemeinen Respekt verschafft sie sich jedoch dadurch, dass sie bisher nicht in die Gerüchte über mögliche Wahlallian-

zen involviert ist.

Anders ihr ehemaliger Gegenspieler in der ANN, Pablo Monsanto, der seine Partei einer Gruppe von rund 20 ehemaliger Militärs öffnete (siehe ¡Fijáte! 359), welche „die Prinzipien der ANN teilen“. Selbstverständlich würden keine Militärs akzeptiert, die in der Vergangenheit in Menschenrechtsverletzungen involviert gewesen seien, versicherte Monsanto. Trotzdem hatte sein Entschluss zur Folge, dass die 55 Mitglieder der ANN Jugendpartei JUANN aus der Mutterpartei austraten.

Gerne bemühen die linken Ideologen grosse Worte wie „Transparenz“, und „Vaterland“ (César Montes), „Niederschlagung der Oligarchie“, und „Avantgarde“ (Hector Nuila), „Soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung“ (Pablo Monsanto), „die guatemaltekeische Version der Sozialdemokratie“ (Álvaro Colom), um die Notwendigkeit einer starken und handlungsfähigen linken Allianz zu betonen. Ansonsten vergingen die letzten Monate mit von Behdrungsängsten geprägten Annäherungsversuchen und Abgrenzungen unter der Linken, der Halblinken, der indigenen Linken und der je nach Opportunität Linken.

Die Notwendigkeit, sich sektorübergreifend zusammenschliessen, sehen auch die ausserparlamentarischen sozialen Organisationen und Bewegungen, die sich in der Vergangenheit vorwiegend ihren jeweils eigenen Themen verschrieben haben (siehe dazu Interview mit Carlos Gonzales). Dem Aufruf von URNG und ANN vom letzten März, eine gemeinsame „Politische Front“ zu gründen, begegneten sie vorerst mit zahlreichen „Aber“. Die allgemeine Kritik der sozialen Bewegungen an den linken Parteien, fasste Roberto Matiz von der *Frente Nacional de Lucha* (FNL) folgendermassen zusammen: „Die linken Parteien unterscheiden sich nicht gross von den traditionellen: Es fehlt ihnen der Kontakt zu den Leuten“. Eine weitere Befürchtung ist, dass die parteipolitische Arbeit die führenden Köpfe der sozialen Organisationen absorbieren würde und diese sich einer Parteitagenda unterordnen müssten. Die linken Parteien umgekehrt kritisieren, dass ihre Arbeit im Kongress nicht genügend Unterstützung von der „Strasse“ erhalte.

Noch während das gegenseitige Ab- und Vortasten stattfand und niemand sich auf die Äste hinaus lassen wollte, setzte die ANN plötzlich Pflöcke und Pablo Monsanto erklärte sich am 3. Juli 06 als der von seiner Partei ausserkorene Präsidentschaftskandidat.

Anfang September wurde dann unter dem Titel „Ein anderes Guatemala ist möglich. Aufruf zur Gründung einer sozial-politischen linken Front (FSPI)“ ein Papier veröffentlicht, das zwar inhaltlich nicht viel Neues bietet, jedoch von einer beeindruckenden Auswahl linker Persönlichkeiten unterzeichnet ist. „Guatemala braucht einen Richtungswechsel. Unsere Nation fordert mit Dringlichkeit die politische Teilnahme aller Kräfte und Personen, die sich den höchsten Werten und den Menschenrechten verpflichtet fühlen. Guatemala verlangt Einheit, um das herrschende perverse System auszubremsen“, heisst es in dem Text. Unterzeichnet wurde es u.a. von den intellektuellen Carlos Guzmán Bockler und Tania Palencia, dem Lehrergewerkschaftsführer Joviel Acevedo, der ehemaligen indigenen Bürgermeisterin von Sololá, Dominga Vázquez, der Feministin Sandra Morán, dem ehemaligen FDNG-Kongressabgeordneten Antonio Móvil oder Hector Rosada, Leiter der Verhandlungsdelegation der Regierung bei den Friedensabkommen. InitiantInnen des Dokuments sind das Kollektiv der sozialen Organisationen (COS), die Volksbewegung MICSP und die URNG.

Seither ist die FSPI in aller Munde, in vielen Zeitungseditorials präsent und scheint eine grosse Anziehungskraft auf alle sich links definierenden Leute zu haben, die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht ganz aufgegeben haben. Über 400 Personen haben sich bisher dem Projekt verpflichtet. Doch noch lange nicht die ganze Linke: Nineth Montenegro begrüsst gegenüber der Presse zwar die Gründung dieser linken Plattform, will sich aber vorerst noch nicht zu einer möglichen Beteiligung äussern. Ihr vordringliches Ziel sei die Gründung der eigenen Partei. Und Pablo Monsanto von der ANN kritisierte, es ginge bei dem Papier nicht um den Inhalt, sondern um die Namen, die darunter stehen (seiner nicht). In Guatemala gäbe es nur zwei linke Projekte, seines und die URNG. Er würde die Leute nicht dazu ermuntern, der Frente beizutreten, sondern der ANN, meinte Monsanto. Die URNG hat ihre FSPI-Unterstützung auf ihrem kürzlichen Parteitag noch einmal unterstrichen.

Offen bleibt vorläufig die Frage, ob und wie die FSPI an den nächsten Wahlen auftritt. Geht es um ein langfristiges politisches Projekt oder um ein temporäres, wahlpolitisches Bündnis? Es bleibt zu hoffen, dass die Initiative nicht bereits über die Diskussion über eineN möglicheN Präsidentschaftskandidaten/-in wieder auseinander bricht.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Jahres-Abo: 55.- €
Auslands-Abo: 60.- €
E-Mail-Abo: 50.- €
Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
www.guatemala.de/fijate

Neue Visionen für das Land?!

Guatemala, 13. Okt. In 15 Jahren soll Guatemala anders aussehen! Das sieht der gerade von zehn Parteichefs und fünf EhrenzeugInnen unterzeichnete *Visionsplan des Landes* – kurz PVP – vor. Damit haben sich, so der oft beton- te Vorteil dieses Plans im Unterschied zu vorherigen unterzeichneten und schlies- slich in irgendeiner Schublade ver- schwundenen Vereinbarungen, die Par- teien unabhängig von ihrer zukünftigen Machtstellung, zur Verfolgung der ein- gegangenen Verpflichtungen in vier Be- reichen kompromittiert: demokratische Sicherheit und Justiz, Bildung, Gesund- heit und Ernährung sowie Ländliche Entwicklung. Diese Themenkomplexe waren von der so genannten *Facilita- torengruppe* als besonders brisant für die Entwicklung des Landes auserwählt worden, und nach Diskussionsrunden mit den Parteien und Konsultationen von ExpertInnen stellte sie die Ergeb- nisse im „PVP“ zusammengestellt.

Diese Gruppe besteht aus 15 (und nicht, wie im Artikel „Ende des Grossen Nationalen Dialogs“ im letzten ¡Fijáte! mit 14 angegeben) Personen, mehrheit- lich aus dem Unternehmenssektor so- wie einigen wenigen sozialen AkteurIn- nen. Mit ihrem Vorhaben orientierten sie sich am spanischen *Pakt von Moncloa*, firmiert im Oktober 1977, der u. a. die Bedingungen schuf, damit Spanien in die EU eintreten konnte. Während dort der König über die Einhaltung des Pakts wachte, fehlt es in Guatemala an einer entsprechenden anerkannten Autorität, aber auch an den iberischen vorteilhaf- ten Rahmenbedingungen. Nichtsdesto- trotz und als Ersatz schlägt die Facilita- torengruppe die ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter der USA und Ricardo La- gos aus Chile als Paten vor.

Damit der PVP jedoch erst einmal Boden gewinnt, liegt es nun am Kon- gress, den Themen entsprechende Rah- mengesetze zu verabschieden, anvisiert bis zum 01.12. dieses Jahres. Und noch davor müssen zwei elementare Aspekte geklärt werden: Die als Querschnitts- themen für wesentlich bewerteten Kapitel Makroökonomie und Steuerreform und ferner das der Interkulturalität. Denn nur durch die nachhaltige Sicherung der Fi- nanzierung macht der Plan Sinn und al- lein die Einbeziehung aller Kulturen des Landes erlaubt zumindest die Hoffnung, dass tatsächlich die gesamte Bevölke- rung Nutzniesserin sein wird.

Die groben Details des PVP: Die Vereinbarung über Sicherheit und Justiz plant die Umstrukturierung der jeweili- gen Institutionen, die Schaffen eines Na- tionalen Sicherheitsrates sowie die ei- nes Nationalen Justizverwaltungssys- tems. Die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) soll gestärkt und das Gefängnisystem

auf Vordermann gebracht werden. In Sachen Ländliche Entwicklung soll es Investitionsförderungen für kleine und mittlere Unternehmen, eine Förderung der Bäuerlichen Landwirtschaftspro- duktion von der Subsistenz- hin zur Überschusswirtschaft sowie eine Zu- gangserleichterung und Regulierung des Landbesitzes geben. Das Bildungs- abkommen beinhaltet die Verpflichtung zum Respekt der Sprach- und Kulturzu- gehörigkeit sowie die Anpassung der Lehrinhalte an die Lebenswelt jeder Be- völkerungsgruppe; dem Bildungsressort sollen künftig 4% des BIP zukommen, was langfristig auf 7% erhöht werden soll. Im Gesundheitssektor ist vorgese- hen, ein Nationales Gesundheitssystem zu schaffen, bestehend aus dem Gesund- heitsministerium, dem Sozialversiche- rungsinstitut (IGGS) und Organisa- tionen die Gesundheitsdienste leisten, der

Sektor soll neu geordnet werden, um ihn zu dezentralisieren und den Bedürfnis- sen der Bevölkerung zu entsprechen und schliesslich soll das Sekretariat für Nahrungs- und Ernährungssicherheit gestärkt werden.

Doch der Analyst Erwin Pérez warnt: Die Präsidentschaftswahlen sind nicht mehr fern und es sind Unterneh- merInnen und somit potentielle Wähle- rInnen - und nicht zu verachten: Finan- ciers – die den PVP lancieren, während genau diese sich gegen Steuerreformen und eine Stärkung des Staates, die der PVP zur Durchsetzung braucht, seit eh und je wehren. Auch sei mit den Ver- pflichtungserklärungen der Parteien mit Vorsicht umzugehen, fehle es diesen doch an institutioneller Glaubwürdigkeit, was paradoxerweise das Produkt der Disqualifizierung von Seiten des Unter- nehmensektors sei.

Portillos Freiheit(en)

Guatemala, 08. Okt. Während Mexikos Noch-Präsident Vicente Fox bei seinem letzten Staatsbesuch mit seinem guatemalteckischen Amtskollegen gera- de noch über eine Verstärkung der bila- teralen Handelsbeziehungen sowie eine vorteilhaftere Behandlung der guate- maltekischen MigrantInnen im Nachbar- land spricht und schliesslich versichert, sich um den Auslieferungsprozess von Guatemalas Ex-Präsident Alfonso Portil- lo zu kümmern, treffen die neuesten In- formationen aus Mexiko auf wenig Wi- derhall in Guatemala. Dabei hat die zu- ständige Richterin gerade die definitive Freilassung des wegen Millionenbe- trugs verfolgten Portillos verkündet und dem mexikanischen Aussenministerium geraten, die beantragte Auslieferung an Guatemala zu negieren. Portillo ist kurz nach Amtsniederlegung 2004 der guate- maltekischen Justiz nach Mexiko ent- kommen.

Die Bundesrichterin Verónica Ju- dith Sánchez Valle argumentiert ihren Entscheid, dass das Generalprokurat nicht genügend Beweise erbracht habe, um die Anforderungen des Ausliefe- rungsvertrags zu erfüllen; ausserdem sei das Verbrechen der Veruntreuung öf- fentlicher Gelder, die Portillo vorgewor- fen wird, nicht gleichzusetzen mit den mexikanischen Strafgesetzen.

Der guatemalteckische Spezial- Staatsanwalt gegen Korruption, Omar Contreras, versichert derweil, dass die Entscheidung von Sánchez nicht ver- bindlich sei und es auf den Aussenmini- ster ankomme, ob die Auslieferung er- folge oder nicht.“

Vor einem Jahr hat das mexikani-

sche Generalprokurat auf guatemalteki- sches Ansuchen Portillos Festnahme beantragt, doch diese fand nie statt, hat- ten dessen Anwälte doch zeitig genug den Arrest suspendieren lassen.

Widersprüchlich sind die Informa- tionen hinsichtlich Portillos Freiheit in Mexiko, mal ist die Rede davon, dass ihm keinerlei Ausreisebeschränkungen auferlegt sind, dann wieder muss er je- den Montag im Gericht vorstellig wer- den und darf angeblich nicht aus dem Land. Jetzt liegt es am mexikanischen Aussenministerium, über sein Schicksal zu entscheiden.

BIP-Aktualisierung um 43 Jahre

Guatemala, 27. Sept. In einer aus- serordentlichen Sitzung beschloss der Währungsvorstand ein neues Finanz- messungssystem, demnach wird ab kommendem Januar in Guatemala die Umrechnung des Bruttoinlandprodukts (BIP) umgestellt und basiert zukünftig auf Ausgangsdaten des Jahres 2001 – und nicht mehr auf Angaben von 1958. Mit dieser veralteten Finanzreferenz stellte Guatemala das Schlusslicht welt- weit dar.

Wenig verwundert die Einstimmig- keit des Beschlusses und der Hinweis, dass sich die makroökonomischen Zah- len relativ gesehen, verändern, real je- doch die gleichen bleiben werden. Man- cher Überraschungseffekt ist angesichts der gewohnten Informationsverbreitung wohl nicht auszuschliessen.

Ein Neuer im Korruptionssumpf Rechnungsprüfungsstelle

Guatemala, 10. Okt. Allein die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM) machte sich die Mühe, in aufeinander folgenden Kommuniqués ihre Besorgnis auszudrücken. Den Anlass stellte die Neuwahl des Nationalen Rechnungsprüfers dar, ein Prozess, der alle vier Jahre stattfindet und in der Vergangenheit weder Vertrauen geweckt noch grosse Erwartungen an die Ausübung der institutionellen Funktion, die Gewährleistung der Kontrolle und Transparenz öffentlicher Ausgaben, gerechtfertigt hat.

Der Analyst Erwin Pérez bezeichnet diese Vergangenheit gar als traumatische Erfahrungen. Der derzeitige Leiter der Rechnungsstelle (CGCN), Joaquín Flores España, der in diesen Tagen das Zepter an seinen Nachfolger übergeben wird, war ohne grosse Prüfung als Ersatzmann auf den Plan gerückt, nachdem der offiziell gewählte, Óscar Dubón Palma, die internationale Flucht antrat, sah er sich doch verwickelt in den politischen Skandal der Triangulierung von Staatsgeldern, mittels derer die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) und die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) begünstigt wurden. In Nicaragua gefasst, sitzt Dubón Palma inzwischen hinter guatemaltekischen Gittern. Dort befindet sich auch Dubóns Vorgänger in der CGCN, Marco Tulio Abadío, der vom damaligen Präsidenten Portillo im Anschluss auf den Chefposten der Steuerverwaltung setzte. Aufgrund einer Korruptionsanschuldigung von über 60 Mio. Quetzales, setzte sich auch Abadío ab, ist indes gemeinsam mit seinem ebenfalls in den Korruptionsfall involvierten Sohn in Untersuchungshaft. Während seiner Amtszeit als Oberster Rechnungsprüfer galt Abadío als aggressiv und wenig Presseumgänglich, oftmals wurde er aufgrund seiner Passivität gegenüber den Korruptionsskandalen in zahlreichen staatlichen Behörden in Frage gestellt.

Schon früher, unter der Regierung von Jorge Serrano Elías (1991-93), war die CGCN in Verruf geraten, war doch auch deren damaliger Leiter, Manuel Maza Castellanos, späterer Finanzminister unter Portillo, den Fängen der Korruption und dem Amtsmissbrauch nicht entkommen. Ihm wird vorgeworfen, Zahlungen für vermeintliche Bauvorhaben zu tätigen, die nie errichtet wurden. Derweil ist er auf der Flucht.

Nun hatte also eine dreizehnköpfige Kommission nach erstem Hin- und Her ob der verfassungswidrigen Konstellation und potentieller Interessen-

konflikte innerhalb derselben, dem Kongress sechs KandidatInnen für den Leitungsposten der Rechnungsprüfungsstelle vorgelegt. Kritisiert wird dabei zum einen die knappe Zeit für die Auswahlkommission, die allein aufgrund der schriftlichen Unterlagen der AspirantInnen – inklusive polizeilichem und steuerlichem Führungszeugnis – ihre Entscheidung zu treffen hatten. Für Bewerbungsgespräche reichte die Zeit nicht. Skepsis rief zum anderen die Tatsache hervor, dass alle sechs Vorgeschlagenen prominente Mitglieder der Gruppe IDEA sind, eine Wirtschaftsinteressenvereinigung, die sowohl ehemalige Rechnungsprüfer, politische Wirtschafts- und Finanzleute, als auch UnternehmerInnen zu ihren Mitgliedern zählt. Die GAM bezeichnet unter diesen Vorzeichen die Zukunft der Prüfungsstelle als wenig vielversprechend, bliebe doch die gleiche Machtgruppe und mit dieser die Vergangenheit der CGCN weiterhin am Ruder; eine grundsätzliche Kursänderung in Richtung mehr Transparenz ist folglich wenig wahrscheinlich.

Auch wenn der Auserwählte, Carlos Enrique Mencos Morales versichert, nie irgendwelchen politischen Interessen nachgegeben zu haben und bei der kleinsten Andeutung politischen Drucks kündigen zu wollen, zeugt auch seine Vergangenheit kaum von purer Reinheit. Unter der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) und dem aktuellen FRG-Abgeordneten für Jalapa, Mario Estrada, war Mencos stellvertretender Leiter des kurzlebigen *Sekretariats für Soziale Entwicklung* (SEDESOL). Gegen Estrada läuft ein Prozess nicht nur wegen der Hinterziehung von mehr als 300 Mio. Quetzales im SEDESOL.

Mit Misstrauen wurde die Tatsa-

che betrachtet, dass die Wahl Mencos bereits im Vorfeld als sicher gehandelt wurde, der Kongress trotz seiner Tagesordnung, die die Billigung des Wahl- und Parteiengesetzes vorsah, auf einen privilegierten Antrag hin in vorgezogener Wahl für Mencos stimmte und sich die Gerüchte auf parteiliche Kungeleien verdichteten. Die Tageszeitung *Prensa Libre* bezeichnet die Wahl als zwischen FRG und der Regierungspartei GANA verhandeltes Resultat. Seit Beginn der aktuellen Amtsperiode sei die Version zirkuliert, dass die Leitung der Rechnungsprüfungsstelle in Händen der FRG Teil der Vereinbarung mit der GANA war, mit der sich diese das Kongressdirektorium sicherte.

Auch die GAM kommentiert die Parteienpositionen als klar interessengeleitet. „Die Wahl von Lic. Mencos garantiert sowohl die Fortdauer der Politik der Straflosigkeit, mit der die FunktionärInnen und Ex-FunktionärInnen durchkommen, als auch das Fehlen von ernsthaften Ermittlungsprozessen der bestehenden Korruption der öffentlichen Verwaltung. Es ist also kein Zufall, dass die Partei, der am stärksten der Korruptionsvorwurf anhängt, nämlich die FRG (Regierungszeit 2000-2004, die Red.), Mencos unterstützt hat. Ebenso wenig ist es Zufall, dass die UNE ihn unterstützt, ist doch bekannt, dass diese Partei in ihren Reihen Leute hat, die ins organisierte Verbrechen, den Drogenhandel und die Unterschlagung von Staatsgeldern involviert sind. Auch die Unterstützung durch PAN (Regierung von 1996-2000, die Red.) und GANA (seit 2004, die Red.) kommt nicht von Ungefähr, können auch sie sich doch somit die Untersuchung ihrer jeweiligen Staatshaushaltsführung vom Halse halten.“

Kollaps des Geo-Institutes

Guatemala, 27. Sept. Inmitten der Regenzeit ist das *Nationale Geographieinstitut* (IGN) kollabiert: Aufgrund von Überweisungsproblemen wurde ihm der Strom abgestellt, die Telefone sind still, es gibt kein Wasser und Kartenmaterial wurde auch keins mehr erstellt. Den Angestellten werden die Gehälter seit Juli geschuldet.

Der IGN-eigene Etat ist vorzeitig aufgebraucht, doch ist dies nicht erstauulich, werden doch seit mehreren Monaten drei weitere Regierungsabteilungen des Verkehrsministeriums im selben Gebäude beherbergt, doch dieses Ressort hat bislang keinen Beitrag zur Hausunterhaltung geleistet. Die Begründung: Das IGN sei zwar per Beschluss

ins Landwirtschaftsministerium umgesiedelt worden, dies sei jedoch bislang nicht in der Regierungsgazette bekannt gemacht worden, das Institut gehört also noch zum Verkehrsministerium.

Die Umsiedlung an sich ist fragwürdig, erstellt das IGN doch neben den Agrarkarten zahlreiches Material für Kommunikationswege, Risikobedrohungen, Topographie, Hydrographie und den Tourismussektor.

Offenbar hat das IGN trotz der Stan-Erfahrung keine Punkte machen können. Das Interesse der zuständigen Autoritäten an einer nachhaltigen Präventionspolitik in Sachen Naturkatastrophen ist somit einmal mehr - klammheimlich aber unübersehbar - in Frage gestellt.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Dieses Schweigen

Es ist nicht einfach, mit diesem Schweigen zu leben. Für jemanden, der in einer mediterranen Kultur aufgewachsen ist, ist es oftmals schwierig zu verstehen, was die Maya-Leute mit ihrem Schweigen sagen wollen.

Der Rassismus vieler *Ladinas/os*¹ und *Criollas/os*² scheint aus der Steinzeit zu stammen. Sie beleidigen die Indígenas mit dem Vorwurf der „Stummen“ und interpretieren ihre fehlende Ausdrucksstärke als Gefühllosigkeit oder Mangel an Intelligenz.

Obwohl mich solche rassistischen Einstellungen immer angeekelt haben, erstaunt es mich selber immer wieder, dass ich bei der Beerdigung einer ermordeten Person oft dessen Ehefrau oder Mutter nicht von den anderen anwesenden Frauen unterscheiden kann, alle sind sie verummumt in die gleiche Strenge. Fühlen sie nichts angesichts des Verlustes ihrer geliebten Person? Unweigerlich vergleiche ich diese Bilder mit ähnlichen Szenen in meinem Land, wo in solchen Situationen geweint wird, geschrien, wo nach Rache verlangt wird...

Noch heute fällt es mir schwer zu verstehen, warum bei den Indígenas alles still bleibt, nachdem eine erschütternde Nachricht bekannt wird. Ich erinnere mich zum Beispiel an ein Erlebnis vor einigen Monaten, als im Radio von der Tragödie der aufgegriffenen afrikanischen Flüchtlinge berichtet wurde, die Europa per LKW in die Wüste zurückschickte, jeweils zu zweit in Handschellen. Ich schaute um mich in der Erwartung, dass jemand seine oder ihre Empörung zu der meinen gesellte, aber, wie schon öfter, musste ich meine Gefühle verstecken, weil sie allein waren.

Ich erinnere mich an viele Gelegenheiten, wo Paternalismus, Demütigungen oder Beleidigungen anstelle von Beschwerden oder Auflehnung hervorgerufen, bloss ein verblüffendes Schweigen provozierten, wie wenn das Gegenüber nicht verstanden hätte, worum es ging.

Ich beobachte auch immer wieder, wie Maya-Frauen und -Männer immer ihre Sprache verstecken wenn irgendeine Ladina oder ein Ladino gegenwärtig ist, währenddessen die *Ladinas/os* vor den Maya niemals vom Spanischen abkommen, auch z.B. ihren indigenen NachbarInnen gegenüber nicht. Die Maya selbst zwingen ihrer Sprache das Schweigen auf. An allen öffentlichen Orten ist dies eine Norm, die zwischen den Zeilen steht, ob es sich nun um den Staat handelt oder um zivile oder religiöse Institutionen: das Verschweigen ihrer Sprache in der Kommunikation, das Verschweigen ihrer Erinnerung in der Religion und im gesellschaftlichen Leben.

Langsam verstehe ich etwas von diesem Maya-Schweigen. Es steht in Beziehung zu ihrer Erinnerung, die so schmerzhaft wie unterdrückt ist. Am Rande der Grube, beim Miterleben des Auftauchens der ersten menschlichen Überreste in vielen geheimen Massengräbern, hat mich immer wieder das dichte Schweigen des Ortes und der anwesenden Familienangehörigen beeindruckt: ein ohrenbetäubendes Schweigen, das in dem Masse anschwellt, in dem aus der Erde die stummen Schreie der gequälten Totenköpfe emporstiegen.

Eine erste Theorie, das Maya-Schweigen zu erklären, basiert auf der bestehenden militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Repression, die mit der *Conquista* hereinbrach; und darauf, dass unter diesen Bedingungen die Maya gelernt haben, dass die beste Überlebensstrategie das Schweigen ist. Das Verschweigen ihrer Gefühle, das Verschweigen ihrer Sprache, das Verschweigen ihrer Erinnerung. Offenbar ist ihnen allein der symbolische Raum der Bräuche geblieben, um ihre Emotionen und ihre Erinnerung mitzuteilen, weshalb dieser Raum so wichtig ist für sie.

Aber es gibt noch andere Bekundungen des Maya-Schweigens,

die weiterhin ohne Erklärung sind. Warum hütet die Maya-Kultur so viel Schweigen über die Erfahrung der Liebe? Wie oft, nach einer herzlichen Begegnung mit Maya-Personen, traf meine innige Umarmung auf eine leichte Berührung ihrer Hände auf meiner Schulter, oder mein inniger Händedruck wird von einer schlaffen Hand entgegengenommen. Die gleiche Nüchternheit gibt es im Inneren ihres Volkes: Die Eltern, die ihre vermissten Kinder wieder treffen, die Eheleute, die Leute, die sich gern haben, agieren mit einer „Ausdruckslosigkeit“, die uns andere verwirrt: sie reden gerade einmal miteinander, ohne sich kaum zu berühren.

Die westliche Kultur, von ihren Ursprüngen bis heute, hat sich intensiv und massiv über die Liebe ausgelassen, in ihrer Religion, ihrer Philosophie, ihrer Literatur, in ihren Gemälden, ihrer Musik, im Kino (jedoch nicht in ihrer Wirtschaft, die, genau betrachtet, jener Raum ist, der das gesellschaftliche Leben und die Politik bestimmt). Nichtsdestotrotz hüllt sich die Maya-Kultur, seit ihren Gründungsmythen bis heute, über die Liebe in Schweigen.

Was soll man über dieses Schweigen denken? Ziehen wir aus ihm die rassistische Schlussfolgerung, dass sie nicht über die Liebe sprechen, weil sie sie nicht kennen?

Ich verspreche, ich werde hier die zweite Theorie über das Maya-Schweigen niederschreiben, in Bezug auf das, was mit der Liebe zu tun hat.

1 *Ladinas/os* als Bezeichnung für Personen die aus einer Mischehe zwischen Weissen und Indígenas stammen bzw. deren Nachfahren

2 *Criollas/os* als Bezeichnung für Personen die aus einer „rein spanischen = weissen“ Beziehung stammen, jedoch nicht in Spanien sondern auf dem amerikanischen Kontinent geboren wurden.